

Editorial



Elmar Conrads-Hassel
Landesvorsitzender der
Liberalen Senioren NRW

Sehr schade - sehr schön

1.) **Das ist wirklich schade** – da hatte der Landesvorstand der nordrhein-westfälischen Liberalen Senioren (LibS NRW) für dieses Jahr noch vier wunderbare Veranstaltungen in unserer Landeshauptstadt eingeplant, die allesamt sehr interessant für die auch in diesem Jahr wieder gewachsene Mitgliederzahl zu werden versprochen: am 16./17. Oktober wollten sich die Delegierten des Bundesverbandes der Liberalen Senioren in Düsseldorf zu ihrer jährlichen Versammlung treffen und der Förderverein der Liberalen Senioren seine Mitgliederversammlung abhalten. Und am Freitag, 30.10.20 sollte – quasi als „Jahreshöhepunkt“ – im Landtag der „1. Liberale Seniorentag in NRW“ stattfinden, gefolgt von der im März d.J. ausgefallenen Mitgliederversammlung der LibS NRW. Hätte, hätte, Fahrradkette – es hat nicht sollen sein.

Regional und lokal wieder steigende Corona-Infektionszahlen und damit verbunden stetig veränderte Schutzmaßnahmen, gerade auch für größere Veranstaltungen, haben sowohl den Bundesvorstand als auch den Landesvorstand der Liberalen Senioren veranlasst, schweren Herzens alle vier vorgesehenen Veranstaltungen ins nächste Jahr zu verschieben. Wir alle hoffen, dass wir die Covid-19-Pandemie dann soweit unter Kontrolle haben werden, dass wir

in verantwortbarer Weise unsere Mitglieder wieder einladen und zu interessanten größeren Veranstaltungen versammeln können. Dass gerade wir, deren Mitglieder zu einem Großteil zumindest einer der sog. Risikogruppen zugehören, besonders sorgfältig bei unseren Versammlungsplanungen vorgehen müssen, versteht sich von selbst. Das einzig tröstliche und schöne an diesen Verschiebungen ist, dass wir uns schon jetzt auf (mindestens) diese vier interessanten Treffen der Liberalen Senioren in unserem Bundesland im nächsten Jahr freuen können – hoffentlich.

2.) **Das ist wirklich schön** – dass etliche unserer Mitglieder nach der Kommunalwahl weiterhin in vielen Stadt- und Gemeinderäten in NRW ihr kommunalpolitisches Wissen, ihr Engagement und ihre Erfahrung in die liberale Arbeit vor Ort einbringen werden. Zwar ist das Ergebnis von insgesamt 5,6 %, im Landesdurchschnitt, wie ich schon in unserem „September-Newsletter“ kommentiert habe, eher mäßig, insbesondere für eine Partei, die erfolgreich im Land mitregiert. Dennoch zeigt das – wie fast immer bei Kommunalwahlen – regional und lokal sehr unterschiedliche Wahlergebnisse an vielen Stellen ein ziemlich klar: da, wo bei der Kandidatenaufstellung entsprechend der Aussage in vielen liberalen Parteien – „Deutschland braucht den Schwung der Jungen genauso wie die Kompetenz und Erfahrung der Älteren“ – verfahren wurde, d.h., wo alte wie junge, erfahrene wie neu engagierte, weibliche und männliche FDP-Mitglieder gleichermaßen aussichtsreich und erkennbar auf den liberalen Wahllisten platziert waren, wurden nicht nur viele Liberale Senioren in die kommunalen Vertretungen gewählt, sondern für die FDP auch ein – zumeist sogar deutlich – überdurchschnittliches Wahlergebnis erzielt.

Hoffen wir also für das nächste Jahr, dass diese positiven „Aufstellungs- und Wahl-Beispiele“ in unserer „Mutterpartei“ FDP (wieder) „Schule machen“. Dann bin ich optimistisch, dass die FDP bei den vielen wichtigen Wahlen im kommenden Jahr einschließlich der Bundestagswahl im nächsten September ihre frühere Stammwählerschaft – die Selbständigen und die Ü-60-Jährigen – zurückgewinnen und – besonders mit wirtschaftlicher Kompetenz und überzeugenden Kandidaten und Kandidatinnen – für die liberalen Sache und die freiheitlichen Ideen wieder erreichen wird.

Herzlichst

Ihr
Elmar Conrads-Hassel

Antrag zur Aufhebung der Altersgrenzen bei Ehrenämtern

Der Antrag des Landesvorstandes der Liberalen Senioren NRW bei Ehrenämtern und ehrenamtlichen Tätigkeiten, die veränderten Umstände und die deutlich erhöhte Lebenserwartung der Menschen in Deutschland zu berücksichtigen, ist über den FDP_Bundesfachausschuss Familie Senioren Frauen und Jugend als Antrag für den Bundesparteitag eingebracht worden, dort aber aus Zeitmangel nicht zu Diskussion und Abstimmung gekommen.

Bundeseinheitlich sollen die Altersgrenzen für Ehrenämter und ehrenamtliche Tätigkeiten generell aufgehoben werden. Menschen sollen nur dann nicht berufen werden und ehrenamtliche Tätigkeiten ausüben dürfen, wenn sie aus gesundheitlichen Gründen für ein Ehrenamt nicht einsetzbar sind.

Für diesen Digitalkram bin ich doch nicht zu alt

Ein Plädoyer für Videotelefonie in Alten- und Pflegeheimen - flächendeckend
Von Otto Fricke MdB

Der persönliche Austausch ist wesentlicher Bestandteil unseres Menschseins. Sei es das berufliche Gespräch mit Kundinnen oder die private Nähe zu Familie und Freunden. Kommunikation ist für uns Menschen, als optische Wesen, nicht nur die Stimme. Es sind immer auch die kleinen mimischen Zeichen im Gesicht des Gegenübers, die Nähe erzeugen. Die Schutzmaßnahmen gegen Covid-19 verändern unser Leben grundlegend. Unser Bedürfnis nach Nähe ist jedoch unverändert vorhanden und war zuletzt Quelle kreativer Ideen, um unser Miteinander neu zu gestalten. Gerade die Videotelefonie spielt dabei eine besondere Rolle. Diese (eigentlich gar nicht so) neue Kommunikationsform ist von großer sozialer Bedeutung – zumal uns viele Schutzmaßnahmen noch lange begleiten werden. Senioren und pflegebedürftige Menschen hat sie bislang jedoch kaum erreicht.

Mit steigendem Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf gehören gerade ältere Menschen zu einer schutzbedürftigen Risikogruppe. 87 Prozent der Verstorbenen waren 70 Jahre oder älter. Pflege- und Seniorenheime müssen daher ganz besonders auf strenge Hygiene- und Besuchsvorschriften achten. Während für Geschäfte, Unternehmen und Bildungseinrichtungen langsam Möglichkeiten zur Öffnung bestehen, ist damit zu rechnen, dass die strengen Vorschriften in Seniorenheimen länger gelten werden. Was die Bewohnerinnen vor einem schweren Covid-19-Verlauf schützt, führt jedoch in vielen Fällen zu Einsamkeit, Angst, Verzweiflung und weiteren medizinischen Problemen, die mit sozialer Isolation einhergehen.

Eine Umfrage des Pflegeschutzbundes BIVA ergab, dass 90 Prozent der Menschen keine Möglichkeit haben, ihre Angehörigen in Pflegeeinrichtungen zu sehen. Digitale Kommunikation könnte hier kurzfristig helfen.



Zugang zum Internet ist heute nicht nur für jüngere Menschen Alltag. Nach dem D21-Digital-Index sind 92 Prozent der Menschen zwischen 50 und 59 Jahre online. In der Altersgruppe über 75 sind es immerhin 52 Prozent, 32 Prozent sogar mobil. Diesen Zugang nutzen sie für E-Mails, Telefonie, Gaming oder Kurznachrichten. Jede Anwendung wird erforscht und erobert. Das Internet ist eben ein Tor zur Welt, das im Alter länger offenbleibt als manches andere. Der Internetzugang versorgt mit Fotos und Filmen der Enkel. Über Videochat kann man Kontakt zu Familie und Freunden halten – egal wie weit sie im Leben weg sind. Im globalen Dorf ermöglicht die Digitalisierung einen Teil der Nähe, den unsere Gesellschaft an anderer Stelle verloren hat. Mit Blick auf die kulturelle und politische Teilhabe ist der Internetzugang zudem eine Möglichkeit soziales Wesen zu bleiben, selbst wenn der Weg ins Theater oder zum Ortsparteiabend nicht mehr möglich ist.

Für Bewohnerinnen und Bewohner von Alten- und Pflegeheimen hängt die Möglichkeit, diese vielfältigen Chancen wahrzunehmen, jedoch ganz maßgeblich von der Ausstattung der jeweiligen Einrichtung ab. Eine Studie von pflegemarkt.com ergab 2018, dass nur 37 Prozent der befragten Pflegeheime WLAN-Nutzung anbieten. 80 Prozent davon berechnen diese Leistung

– anders als Strom, Wasser oder Heizung – extra. Lediglich 28 Prozent der Pflegeheime planen, in absehbarer Zukunft Internet anzubieten. Hoch waren zudem die regionalen Schwankungen: Während 67 Prozent der Berliner Pflegeeinrichtungen einen Zugang anbieten, waren 80 Prozent in Baden-Württemberg und Bayern noch offline. Diese Situation hat sich wenig verändert. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) sprach auch im Herbst 2019 noch von einem Drittel der Seniorenheime, die ihre Bewohner mit einem Internetzugang versorgen. Bei denjenigen Heimen, die WLAN anbieten, findet es sich zudem meist nur in Gemeinschaftsräumen. Privates Surfen ist so kaum möglich. Dabei empfinden sich die Bewohner von Alten- und Pflegeheimen immer seltener als zu alt für diesen vermeintlich neu-modischen technischen Kram.

Seniorenheime sollten deshalb schnell und flächendeckend Internetzugang anbieten – unabhängig von der individuellen finanziellen Situation ihrer Bewohner. Der Schutz vor Covid-19 darf durch Einsamkeit und Angst nicht Auslöser anderer Krankheiten sein.

Positivbeispiele wie das Käthe-Richter-Haus in Nordhessen sollten zur Regel werden. Hier gibt es kabelloses Internet ohne Nutzungsbeschränkungen. Einige Bewohnerinnen fingen erst mit 90 Jahren an, sich mit Tablet und Technik auseinanderzusetzen. Sie nehmen jetzt intensiver am Familienleben teil. Politisch ist Nordrhein-Westfalen vergangenes Jahr beispielhaft vorgegangen. Dank des Wohn- und Teilhabegesetzes ist es nun für alle Pflegeeinrichtungen verpflichtend, einen Internetzugang anzubieten. Diesem Vorbild sollten gerade jetzt, in der Corona-Epidemie, schnell alle anderen Länder folgen. Viele Seniorinnen und Senioren erleben dieser Tage die ersten Videokonferenzen ihres Lebens – es sollten

noch mehr werden. Für Pflegekräfte und Familienangehörige ist der erste Schritt ins Internet dabei mit Anstrengung verbunden sein. Doch diese Anstrengung, die durch immer intuitivere Bedienung immer leichter wird, lohnt sich. Mittelfristig werden die erlernten Fähigkeiten, und damit ein häufigerer Kontakt zu Angehörigen, die Pflegekräfte entlasten und Folgeerscheinungen von Einsamkeit reduzieren.

Wesentlicher Schritt zur Realisierung dieses Ziels sollte eine finanzielle Förderung des Internetanschlusses von und WLAN-Ausbau in Senioren- und Pflegeheimen sein. Sie könnte mit dem nötigen politischen Willen binnen Tagen

ermöglicht werden. Im kürzlich beschlossenen Nachtragshaushalt hat der Bundestag der Bundesregierung 55 Milliarden für Covid-19-bedingte Ausgaben bereitgestellt. In Zeiten strikter Zutritts- und Besuchsbeschränkungen gehört der schnelle und flächendeckende Ausbau von Videotelefonie in Altenheimen definitiv dazu.

Mit einem Förderprogramm von rund 70 Millionen könnte man in den knapp 15 000 Heimen viel bewegen – und das in kürzester Zeit. Der Ball hierzu liegt nun im Feld der für Senioren zuständigen Familienministerin Giffey. Das Geld liegt bereit, sie muss es nur mit einem passenden Konzept anfordern.

Gründung der Liberalen Senioren Langenfeld / Monheim

In Langenfeld und Monheim am Rhein hat sich eine neue Gruppe der Liberalen Senioren gegründet. Mit Unterstützung des Bundesvorsitzenden Detlef Parr, haben sich Monheimer und Langenfelder Mitglieder zu den ersten Treffen zusammen gefunden.

Am 04.09.2020 trafen sich Teilnehmer zu einer einstündigen Führung durch die Monheimer Altstadt. Unter sachkundiger Leitung durch Frau Büchel, wurde die Geschichte der Stadt lebendig. Anschließend setzte sich die Gruppe bei einem Getränk zusammen und diskutierte angeregt über die latente Altersdiskriminierung. Hierzu hatte der Ehrenvorsitzende der FDP Monheim, Studiendirektor Ulrich Anhut, auf das Thema eingestimmt. Gerade in Monheim ist eine latente Altersdiskriminierung feststellbar. Die Tatsache, dass in Monheim der Seniorenbeirat aufgelöst und die Infobroschüre für Seniorinnen und Senioren nicht mehr aufgelegt wurde, zeigt, dass Menschen jenseits der 60 keine Rolle in der Stadt spielen. Dies ist nicht verwunderlich, da die Stadt von einer Jugendpartei mit absoluter Mehrheit bestimmt wird. Die liberalen Senioren wollen sich dagegen in Stellung bringen. Im Rahmen des Kommunalwahlkampfes unterstützten die Liberalen Senioren die FDP mit der Besetzung von Info Ständen und der Verteilung von Werbematerial.

Diese Arbeit wird zukünftig immer wichtiger, da die jungen Mitglieder einer immer stärkeren Belastung durch Beruf und Familie ausgesetzt sind.

Das nächste Treffen findet am 02.10.2020 in Langenfeld statt. Hier ist ein Besuch des Stadtarchivs mit anschließendem Gedankenaustausch vorgesehen.

Als Ansprechpartner für die neue Gruppe steht Eduard Mayer unter Tel. 015773781077 oder unter mail eduard.mayer@fdp-monheim.de zur Verfügung.



Das Bild zeigt Ulrich Anhut und Eduard Mayer am Info Stand zur Kommunalwahl

Das Personaldilemma der Zukunft am Beispiel des öffentlichen Dienstes

Deutschland profitiert von seiner gut strukturierten Verwaltung mit in der Regel gut ausgebildeten Mitarbeitenden. Für die meisten Bürger/innen sind Verwaltungsakte selbstverständliche Dienstleistungen, die sie in guter Qualität in Anspruch nehmen. Das ist man gewohnt. Doch ist das auch noch in Zukunft so? Wie wirkt der demografische Wandel in den öffentlichen Verwaltungen? Der Vorteil des demografischen Wandels ist, dass der Bürokratie- und damit der Verwaltungsabbau kommen werden. Simple statistische Daten, die die Bertelsmann Stiftung 2016 in einer Studie aufbereitet hat, belegen dies: Danach waren 2014 26,5 Prozent aller in den kommunalen Behörden Deutschlands Tätigen älter als 55 Jahre. Diese Menschen scheiden nach geltendem Renten- bzw. Pensionsrecht bis spätestens 2026 aus dem Berufsleben. Doch wer rückt nach? Nur 12,8 Prozent der in den Kommunalverwaltungen Beschäftigten waren 2014 unter 30 Jahre.

Der Ruf nach mehr Personal geht wahrscheinlich ins Leere, es gibt nicht genügend Menschen, die eine Verwaltungslaufbahn anstreben. Werden genügend junge Menschen in der Verwaltung ausgebildet? Und wenn ja, werden sie auch übernommen? Oder werden Lösungsideen mit anderen Entwicklungen, zum Beispiel der Digitalisierung verknüpft? Die Corona-Krise hat es gezeigt, Digitalisierung ist äußerst wichtig, auch in einer Verwaltung. Doch wie sieht es heute in den Amtsstuben aus? Es gibt immer noch Aktenberge, die abgearbeitet werden müssen.

Nur am Kölner Landgericht arbeiten jetzt die Zivilkammern digital, das ist eine große Zeitersparnis, so ein Artikel in der Kölnischen Rundschau vom 10.09.2020. Ein kleiner Lichtblick! Arbeiten wir als Kommunalpolitiker daraufhin, dass bald alle Verwaltungen digital arbeiten.

Eva Fielitz

Liberalen Senioren reisten in der Villa Horion durch die NRW Parlamentsgeschichte



Anschaulich wurde dargestellt, wie sich die Arbeitsbedingungen in den ersten Jahren des Wiederaufbaus des Landes von Politikern aller Parteien gewandelt haben. Im ehemaligen Kabinettsaal der Landesregierung, die von 1961 bis 1999 als Amtssitz von vier Ministerpräsidenten diente, endete die interessante Führung unter großem Beifall aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Beate Kopp

Eine 15köpfige Gruppe von Liberalen Senioren und Gästen machten eine Zeitreise durch sieben Jahrzehnte NRW-Parlamentsgeschichte.

In der Villa Horion in Düsseldorf, ein Prachtbau gegenüber dem heutigen Landtag aus dem frühen 20. Jahrhundert, der als Wohnsitz für die Familie Horion, einem preußischer Staatsdiener mit drei Kindern gebaut wurde, ist heute das Haus der Parlamentsgeschichte NRW untergebracht.

Die Gruppe erfuhr, dass seit 1946 das NRW-Parlament an vier verschiedenen Orten getagt hatte: Einmalig fand im alten Opernhaus 1946 -unter der Begleitung hochrangiger britischer Besatzungs-offiziere- die erste Sitzung statt. 200 Abgeordnete, je zur Hälfte aus dem Rheinland und aus Westfalen, tagten einige Jahre später in einem Saal der Henkel-Werke in Düsseldorf-Holthausen. Ebenfalls noch unter spartanischen Arbeitsbedingungen. Das Ständehaus, heute als K21 bekannt, war danach ständiger Sitz des Parlaments bis 1988. Das neue Landtagsgebäude wurde im Oktober 1988 eröffnet und 2012 umgebaut - barrierefrei und mit ergonomischen Sitzmöbeln.

Wieder regelmäßige Monatstreffen der Liberalen Senioren in Kaarst

Endlich war es wieder so weit: die Liberalen Senioren im Rhein-Kreis Neuss trafen sich am Dienstag, 1.9.2020, erstmalig nach der Corona-bedingten Zwangspause wieder in Kaarst.

Ab September starten wir wieder jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr mit der Gesprächsrunde zu aktuellen Themen aus Politik und Gesellschaft. Anschließend findet jeweils ein Expertengespräch statt, zu dem Fachleute zu senioren-spezifischen Themen eingeladen werden und mit uns diskutieren.

Am 1.9. 2020 hatten wir besondere Gäste: Die neue Vorsitzende der FDP Kaarst, Astrid Werle, und Ursula Baum, die FDP-Bürgermeisterkandidatin, die bei der Kommunalwahl im 2. Wahlgang mit 59,35% der Stimmen zur neuen Bürgermeisterin in Kaarst gewählt wurde, stellten sich vor. Beide beantworteten Fragen und nahmen Anregungen aus dem Teilnehmerkreis entgegen.

Da wir uns wie bisher im VHS-Gebäude, Am Schulzentrum in Kaarst-Mitte getroffen haben, gal-

ten die vorgegebenen VHS-Hygienevorschriften.

Für das nächste LiS-Treffen am 6. Oktober 2020 hat erfreulicherweise eine Ernährungswissenschaftlerin, Frau Simone Dutine, die das Zentrum für gesunde Ernährung, Gleichgewicht GmbH, in Kaarst betreibt, zugesagt. Sie wird uns über „Ernährung im Alter“ informieren und mit den Teilnehmern diskutieren.

Am 3. November 2020 werden wir uns dem Thema „Quartiersstützpunkt“ widmen. Frau Gerda Linden, Seniorenbeirätin in Kaarst-Büttgen, wird uns das Thema am Erfolgsmodell „Büttger Treff“ näherbringen. Für das Dezember-Treffen freuen wir uns noch auf Anregungen für einen kleinen Ausflug in der Nähe. Näheres werden Sie aus der Tageszeitung darüber erfahren können. Liberal denkende Menschen sind als Gäste - auch ohne Mitgliedschaft zu den Liberalen Senioren oder zur FDP - stets willkommen.

Beate Kopp, Regionalbeauftragte im Rhein-Kreis Neuss



Impressum:

Sprachrohr – Mitgliederzeitung der LIBERALEN SENIOREN NRW

Wird von den Liberalen Senioren NRW herausgegeben.

Anschrift: Liberale Senioren NRW, Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf

Tel: 0211-497090 · Fax: 0211-4970950

Email: info@liberale-senioren-nrw.de · www.liberale-senioren-nrw.de

Erscheinungsweise: 2 x jährlich (Frühling und Herbst).

Redaktion: Elmar Conrads-Hassel, Max Marnet, Volkmar Schrimpf

Druck: flyeralarm

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Die Autoren sind im Sinne des Presserechts für den Inhalt selbst verantwortlich. Nachdruck von Beiträgen aus dem Sprachrohr gegen Quellenangabe und Belegexemplar ist kostenfrei gestattet.